



## Den Vorrang hat der Mensch!

(6. Fortsetzung)

Ein humanistisches Manifest und ein Programm als Führer zu den Prinzipien und Zielen des Humanismus.

Beiträge zu diesem Thema von der Tagung der Erich-Fromm-Gesellschaft im September 2007 in Friedensau bei Magdeburg «Alternativen zum Neoliberalismus».

Aus dem Vortrag von Elmar Altwater: «Elemente einer Kapitalismuskritik im 21. Jahrhundert». (Fortsetzung)

«Heute haben wir es mit fundamentalen Krisentendenzen zu tun. Ich möchte drei Aspekte hier benennen: Der erste ist das Geld, der zweite ist die Natur, der dritte ist die Arbeit. Und diese drei fundamentalen Grundlagen des menschlichen Lebens – nicht nur im Kapitalismus – befinden sich tatsächlich in einer grossen und nicht nur in einer zyklischen Krise.

### Die Krise des Geldes.

Beim Geld, damit müssen wir uns auseinandersetzen, sind zwei Arten von Gesellschaften betroffen:

- die Arbeitsgesellschaft
- die Geldgesellschaften

*Die Arbeitsgesellschaft.* Die Arbeit vergesellschaftet die Menschen, da man Arbeit nur kollektiv in Arbeitsteilung betreiben kann: durch den Markt, durch den Plan, durch gemeinschaftliche Regeln. Arbeit ist sozusagen das vergesellschaftende Element; deswegen ist der Mensch auch nur durch seine Arbeit ein soziales Wesen. Es ist schlimm, wenn Menschen keine Arbeit haben. Sie haben dann kein Einkommen und sie sind auch nicht mehr richtig in diese Gesellschaft integriert. Das ist das eigentliche Problem.

Die Gesellschaften sind zugleich auch Geldgesellschaften. Denn wenn die Vergesellschaftung in größerem Maße über Marktmechanismen vermittelt ist, dann geht das nur noch über Geld, mit Ware und Geld, wie das bei Marx nachzulesen ist. Und deshalb muss man sich auch mit dem Geld beschäftigen. Wenn das Geld in einer Krise ist, dann ist auch die Gesellschaft in einer Krise. Bei der Arbeit ist das ganz klar – und bei der Natur erst recht, denn das ist die Grundlage von allem, nicht nur von Gesellschaft als sozialem Abstraktum, sondern von menschlichem – und letztendlich von allem Leben.

Nun die Krise des Geldes, die Krise der Finanzen: Das ist tatsächlich ein Pro-

blem, das insbesondere im hoch entwickelten Kapitalismus eine Rolle spielt. Eigentlich so recht zutage getreten ist dieses Problem erst im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts. Zuvor gab es natürlich auch Geld und Krisen des Geldes bzw. sich im Geldsystem äussernde Krisen, aber sie hatten nicht den Charakter, wie das heute der Fall ist, und das hat zu tun mit der Verselbständigung des Finanzsystems, insbesondere im internationalen Rahmen. Um deutlich zu machen, dass das wirklich ein historischer Einschnitt ist, ist ein kleiner historischer Rückblick sinnvoll.

Im 19. Jahrhundert, und auch noch im frühen 20. Jahrhundert, war das Geld gebunden an das Gold. Es gab Goldwährung – und der letzte Wertanker des Geldes war das Gold. Dann wurde dieser aufgelöst im Zuge des Ersten Weltkriegs, als die Kriegsfinanzierung jede Grenze der Golddeckung sprengte. Die Folge war die große Inflation in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, und dann der Versuch, durch Zentralbankssysteme die Geldzirkulation im nationalstaatlichen Rahmen zu regulieren. Die Währungen waren nicht konvertibel, d.h. wechselseitig frei eintauschbar. Es gab keine internationalen Geld- oder Finanzmärkte – oder wenn, dann nur in sehr rudimentären Formen. Das änderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg. Aber auch in der Nachkriegszeit, bis Ende der 60er Jahre, waren die Währungen nicht konvertibel. Und die Wechselkurse – das wissen die Älteren unter uns – waren bis 1973 fixiert. Der D-Mark-Kurs zum Dollar war von 1950 an etwa ein Dollar zu 4,20 DM. Dann wurde 1961 die D-Mark aufgewertet und der Kurs lag bei 4,05 DM für einen Dollar – so blieb das dann auch. Das waren also fixierte Wechselkurse. Die Preise des Geldes, sowohl die Zinsen als auch die Wechselkurse, waren staatlich, öffentlich, politisch reguliert.

Das änderte sich in den 70er Jahren mit dem Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods. Erstens wurde damals der Wechselkurs liberalisiert, d.h. die Bildung eines solchen zentralen Preises wurde den Privaten und dem Markt überlassen. Das war der erste Akt der Privatisierung in der Welt. Diesem ersten Akt der Privatisierung folgten dann immer weitere, bis hin zur Privatisierung der Bahn, die bei uns gegenwärtig zur Diskussion steht. Dies alles vor dem Hintergrund, dass Privatisierung auch in zentralen Bereichen Vorteile bringt – was noch gar nicht so alt ist in der Geschichte

des Kapitalismus, denn zuvor war es vollkommen klar: Ein Infrastrukturunternehmen wie die Bahn ist selbstverständlich staatlich, denn sie kann auch gar nicht privat finanziert werden. Das ist aber heute anders, weil eben – erstens – die Wechselkurse privatisiert worden sind.

Dann ist die Bildung eines zweiten Preises privatisiert worden, nämlich des Zinses durch die Liberalisierung der Finanzmärkte. Das fing auch in den 70er Jahren an unter Margaret Thatcher, wurde dann weitergetrieben von Ronald Reagan in den USA und dann ebenso in allen anderen kapitalistischen Ländern. Das gehörte dann auch zum Regelsystem des IWF (Internationaler Währungsfonds) der Europäischen Gemeinschaften, die ja erst seit 1992, seit dem Maastricht-Abkommen „Europäische Union“ heißen. So wurden also die wichtigsten Preise des Geldes liberalisiert und damit den Märkten überlassen, die dann auch globale Reichweite erhielten – also den nationalstaatlichen Rahmen, der für die Regulation eigentlich vorgesehen war, gesprengt haben.

Auf internationaler Ebene gibt es keine Regulatoren, gibt es keine politischen Instanzen, die da eingreifen. Der IWF, der will das nicht, das ist eine Institution, die genau politisch die Deregulierung, die Liberalisierung reguliert, aber nicht etwa die Märkte zu regulieren beansprucht – die im Gegenteil alles tut, um dies gar nicht erst eintreten zu lassen. Also: die Finanzmärkte verselbständigen sich gegenüber jeder politischen und gesellschaftlichen Kontrolle und üben nun die Gewalt aus, die schon bei Marx als Geldfetisch benannt ist: dass dieses Geld Macht über uns gewinnt.

*Geld hat inzwischen eine globalisierte ungeheure Macht über uns entwickelt, auch in unserer Psyche und in unserem Selbstverständnis, denn wir akzeptieren ja alles total, was das Geld von uns verlangt.*

Eine simple Geschichte, die alle von uns kennen, mag dies verdeutlichen. Wer erinnert sich noch an die Fernsehnachrichten, in denen noch nicht vor der Tagesschau Börsennachrichten gekommen sind? Das ist noch gar nicht so lange her, vielleicht 10 oder 12 Jahre. Vorher gab es diese Börsennachrichten nicht, das spielte keine Rolle im Alltagsleben – aber heute ist das Alltagsleben. Bevor ich weiß, was in der Welt oder in der Bundesrepublik passiert ist an politischen Ereignissen, weiß ich, wie

die Börsenkurse sich entwickelt haben an der Wallstreet oder in Asien oder in Frankfurt usw., und ich kenne auch die Visagen derjenigen, die mir das „verklückern“, bevor ich die netten Gesichter der Tagesschau-Moderatorinnen gesehen habe. Hier wird deutlich, wie sehr das ins Alltagsleben eingedrungen ist. Und wenn man das vom Aspekt des Alltagslebens auf die ganz große Ebene der Globalisierung bringt, wird daraus klar ersichtlich, welche gewaltige Rolle das Geld inzwischen spielt.

Wir erinnern uns vielleicht noch an die Schuldenkrise der 80er Jahre und an die vielen Analysen, die damals angestellt worden sind über die Folgen dieser Krise, die Verarmung in Lateinamerika, in Afrika usw. Das war eine Finanzkrise enormen Ausmaßes mit globaler Reichweite, mit ungeheuren Konsequenzen für die davon betroffenen Menschen, das waren vor allen Dingen aber die Länder der sog. Dritten Welt.

Diese Schuldenkrise begann 1981 in Polen, weil Polen nicht mehr in der Lage war, seine Schulden bei den westlichen Kreditgebern zu bezahlen. Die Regierung war nicht in der Lage, die Bevölkerung zu disziplinieren angesichts der Aufstände von Solidarnosc, um sie zur Arbeit zu treiben und mit den Ergebnissen der Arbeit dann Devisen zu erwirtschaften, die notwendig waren, um die Schulden in London und in Frankfurt bedienen zu können. Als dann Jaruzelski im Dezember 1981 putschte, hat die Finanzwelt jubiliert – das kann man nachlesen, in der Financial Times beispielsweise –, weil damit sichergestellt war: der greift richtig durch, und das ist für den Schuldendienst wieder gut.

Aber wir wissen, was in Polen gelaufen ist: Dieses Militärregime war eine gesellschaftliche Katastrophe. Dass das aber etwas mit der Verschuldung zu tun hatte, ist uns gar nicht so bewusst. Dass in anderen Ländern, die verschuldet waren, in Lateinamerika vor allem, überall Militärregime an der Macht waren, die auch für die Verschuldung und für die Art und Weise, wie man da herauskommen wollte, verantwortlich waren, das hat ja überhaupt niemanden interessiert. Nur Polen, das war ja ein sozialistisches Land und deswegen musste man da jetzt auch ideologisch herangehen und vergessen machen, dass dies auch etwas mit dem internationalen Finanzsystem und der Verschuldungssituation zu tun hatte.

Aber die Schuldenkrise der 80er Jahre, das war noch Dritte Welt, das waren noch Kredite der Banken. Diese Krise

ist dann überwunden worden, und einige Jahre später konnte man in den Berichten von Weltbank und IWF lesen: „Wir haben Erfolg gehabt mit unserer Politik, die Schuldenkrise ist überwunden.“ Überwunden war aber nicht die Schuldenkrise, sondern die Krise der Gläubiger in der Schuldenkrise, denn die Gläubiger drohten Pleite zu gehen – und das wollte man verhindern. Verhindert hat man es mit dem, was später als „Washington Consens“ bezeichnet wurde.

Nach der Schuldenkrise der sogenannten Dritten Welt, der ärmsten Länder, gab es dann in den 90er Jahren die große Finanzkrise: Sie brach aus in Mexiko 1994, dann in Asien 1997, Russland 1998, Türkei 1998, Brasilien 1999 und Argentinien 2000/01 mit riesigen Verlusten für die Menschen, denn das Sozialprodukt war sozusagen verbrannt worden. Aber es ist nicht verbrannt, *denn auch wenn in Mexiko 20 Prozent, in Argentinien wahrscheinlich 60 Prozent des Sozialprodukts einfach weg sind – die Leute sind also wirklich um 60 Prozent ärmer, das steckt hinter diesen Zahlen –, dann heißt das natürlich, dass sich einige das haben aneignen können. Und „Aneigner“ sind die großen Finanzinvestoren.*

Die sitzen aber zumeist in den nördlichen Ländern, in den USA, in Europa, in der Schweiz, in Deutschland usw., und die haben gewonnen. Das sind also zum Teil Nullsummenspiele: was die einen verlieren, das gewinnen die anderen. Aber diese Finanzkrise betraf jetzt nicht die armen Länder der Dritten Welt, sondern die Schwellenländer: die lateinamerikanischen Länder, die schon zu den Schwellenländern gehörten, und vor allem die asiatischen „Tiger“, die jetzt auf einmal in der Finanzkrise steckten.

Es ist interessant, wie das dann auch ideologisch „verpackt“ wird. In den jährlichen Berichten der OECD, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, gab es bis 1997 immer einen Unterabschnitt: „Dynamic Asian Economies“. 1998, nach der Finanzkrise in Asien, gab es dann diese Rubrik nicht mehr, da waren diese Staaten dann auf einmal nicht mehr dynamisch und „Tiger“, an denen wir uns orientieren sollten, sondern da hat man versucht, das zu vergessen. Auch die ganze Ideologie, die damit verbunden ist, wäre eine Analyse wert, darauf kann ich aber jetzt nicht eingehen.

Nachdem also in Asien die Krise eingetreten ist, haben die Investoren, diese weißen Ritter, die so einen wunder-

baren Ruf haben und die immer so hochgepuscht werden – vor allem auch im Fernsehen – ihr Kapital abgezogen. Und wo kann man jetzt Kapital anlegen? Sie legten es in diesem Fall in den Industrieländern an, vor allem in den USA. Sie kauften Aktien der New Economy und haben den New-Economy-Boom in die Wege geleitet, der dann aber im Jahre 2000/01 zu Ende war, als die New-Economy-Blase platzte. Das war die erste grössere Finanzkrise in den Industrieländern seit der Liberalisierung – es hat auch andere Finanzkrisen gegeben, in England schon vorher, oder die Krise des europäischen Währungssystems 1991 –, aber die erste größere Finanzkrise, das war 2000/01 in den USA.

Es sind zwar einige Tausend Milliarden Dollar verbrannt worden in dieser Krise, aber es blieb noch so viel übrig, dass eine neue Blase aufgepumpt werden konnte: nämlich die Immobilienblase, die gegenwärtig geplatzt ist mit Konsequenzen, die wir heute noch gar nicht so genau überblicken können; Konsequenzen, die noch kommen werden, wenn etwa 1000 Milliarden an Immobilienkrediten fällig werden. Dann wird sich herausstellen, ob diese überhaupt bezahlt werden können, und wenn sie nicht bezahlt werden können, wird das Weiterungen haben. Man soll also nicht davon ausgehen, dass die Immobilienkrise überwunden wäre. (!!!)

So haben wir also jetzt die Situation, dass die Dritte Welt, die Schwellenländer und die Industrieländer alle von einer großen Finanzkrise überzogen sind, und dass es da auch keine richtigen Auswege mehr gibt, dass also politische Regulation eine Notwendigkeit wäre. Inzwischen sagen das sogar einige Leute auf dem Bankensystem, aus dieser Geldsphäre, nachdem noch auf dem G8-Gipfel von Heiligendamm die Finanzminister sich nicht darauf haben verständigen können, das System transparent zu gestalten, weil Blair, getrieben von der Lombard Street in London, und Bush, getrieben von der Wallstreet, dagegen waren, Transparenz zu schaffen. Weil im Dunkeln sich besser fischen lässt und die großen Haie in der Finanzwelt dann besser ihre Opfer schnappen können, als wenn das alles transparent geschehen würde.»

(Fortsetzung folgt)

Wir werden Anfang Mai 2009 diesen Brief miteinander besprechen. Wenn Sie an der Zusammenkunft teilnehmen möchten, erfragen Sie bitte den genauen Termin bei:

Oskar Jäggi-Zimmermann  
Brandenbergstrasse 9, CH-8304 Wallisellen  
Tel. 044 / 883 16 13 E-Mail ojrz@wwg.ch

Diskussionsbeiträge sind willkommen!